

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitzsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Latobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 5, Fernsprecher 951. Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 3 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf. Vorkaufspreise siehe Seite 204.

Nr. 175.

Magdeburg, Donnerstag den 28. Juli 1904.

15. Jahrgang.

Der Königsberger Prozeß im Spiegel der Presse.

Im deutschen Blätterwald zeitigte der preussische Russendienst sonderbare Erscheinungen. Im Anfang, als die sozialdemokratische Presse zuerst die schmählichen Liebesdienste Preussens gegen „Väterchen“ zur Sprache brachte, regte sich noch in einigen Redaktionen so etwas wie Schamgefühl, und selbst Blätter vom Schlage der „Rölnischen Zeitung“ verlangten „Aufklärung“ über das Verhalten der preussischen Regierung. Die ward ihnen denn in bekannter Weise. Schönbstedt bestieg kühn die Tribüne des Abgeordnetenhauses, und in diesem Parlament, das mehr russisch wie deutsch fühlt, gelang es ihm, mit seinen gefälschten Zitaten die Wogen, die von leichten Wellen des Mißtrauens gekräuselt waren, zu glätten. Selbst der Frankfurter Zeitungsdemokrat Deser erklärte sich befriedigt durch die Auskünfte des Justizministers, und die Rechte samt den Nationalliberalen und dem Zentrum klatschte frenetisch Beifall, als der Mann, der der preussischen Justiz zum Güter gesetzt ist, erklärte, er führe Russlands Sache — wohlgerne gegen deutsche Staatsangehörige — als sei es seine eigne Sache. Verstärkt wurde der Erfolg des Ministers durch seine Methode, die deutsche Sozialdemokratie mit den russischen „Hochverrätern“ zu identifizieren und die Hoffnung anzudeuten, daß der Schlag zugunsten Russlands auch zugleich ein Schlag gegen die Sozialdemokratie sein werde.

Die Presse blies von da ab ins gleiche Horn. Sie schrieb ellenlange Artikel über die „sozialdemokratische Niederlage“, entrüstete sich weiblich an den gefälschten Zitaten, die dem Justizminister der russische Konsul in Königsberg in die Hände gespielt hatte, und — „losle Draoge wie die Post“ — „das gar kein Verbrechen“ — „unmöglich, die heiligen Eifer mit der Königsberger Staatsanwaltschaft weiterzuführen“ — „Holz zu dem Scheiterhaufen heranzuschleppen, auf dem die Königsberger „Hochverräter“ verbrannt werden sollten. So entstand die Schauer Geschichte von dem geheimnisvollen Inhalt des Kellers in der Buchhandlung Vorwärts.

Die skandalösen Vorgänge in der Voruntersuchung, die lange Unterjochungshaft, die Suche nach Schuldbeweisen unter tätiger Beihilfe russischer Polizeispitzel und was dergleichen Dinge mehr waren, wurden denn auch konsequent von der bürgerlichen Presse ihren Lesern unterzogen, und als die Prozeßöffnung herantam, da wohnte Freude in den Redaktionen der halben und ganzen Scharfmacherblätter. Aber sie war nur von kurzer Dauer. Schon die Vernehmung der Angeklagten stimmte manchen der guten Leute nachdenklich, und als erst die gefälschten Uebersetzungen der Schriften und des russischen Strafgesetzbuchs zur Sprache kamen, als Professor v. Neuhner seine erschütternden Anklagen gegen das „heilige Russland“ erhob und die Berge von Barbarei und Unkultur enthüllte, die die russischen Revolutionäre — Patrioten im besten Sinne des Wortes — befehligen wollten, wurden die Prozeßberichte in den bürgerlichen Zeitungen auf einmal merkwürdig objektiv, die Kommentare zu den Verhandlungen fielen ganz weg oder enthielten leisen Tadel gegen die Regierung, der dieser schmähliche Liebesdienst gegen Russland zu danken ist, und in einigen Zeitungen konnte man auch schon lesen, daß der Prozeß, der unternommen war, um die Sozialdemokratie zu schädigen, sich immer mehr zu einem Triumph für die Sozialdemokraten zu wandeln drohte. Ragenjämmerliche Stimmung lag über der „Ordnungspresse“ und sie dauert auch heute noch an wie die nachstehenden Preßstimmen aus einigen bürgerlichen Blättern beweisen:

Die „Post“, die den schmählichsten Reinsfall erlebt hat, freut sich vorläufig noch, weil durch Gerichtsurteil festgestellt sei, „daß es sich bei dem ganzen Schriftenschmuggel um eine wohlorganisierte, nach außen geheim gehaltene Verbindung zur revolutionären Propaganda handelte. Das ist um so wertvoller, als es äußerst schwierig ist, der alle Mägen des Gesetzes kennenden und ausübenden Sozialdemokratie bei ihren Schleichwegen auf die Spur zu kommen.“ Sie meint dann, der Umstand, daß das Gericht und die Staatsanwaltschaft vor Erhebung der Anklage nichts davon wußten, daß Russland bei Hochverrat und Majestätsbeleidigung die Gegenseitigkeit nicht verbürge, sei weniger Schuld der deutschen, als der russischen Behörde (?) und macht den Versuch, das Ergebnis des Prozesses in folgender Weise in reaktionärem Sinne zu falsifizieren:

„Die Verteidigung hat in dem Prozesse über irgend welche Beschränkung nicht im mindesten klagen können, im Gegenteil, es könnte sich eher die Frage erheben, ob das Gericht der Verteidigung nicht einen allzu weiten Spielraum gewährt hat, indem es ein so ausgedehntes Eingehen auf die politischen und rechtlichen Zustände im Innern des russischen Reichs gestattete. Für die größere oder geringere Schuld der Angeklagten hatten diese Zustände rechtlich doch keine Bedeutung, wie überhaupt

diese Zustände, man mag moralisch über sie urteilen, wie man will, rechtlich auch die Straftaten von Meuchelmördern und Mörderketten nicht straflos machen können und dürfen. . . Wenn in der Presse darauf hingewiesen ist, daß Russland ein schlechter Dienst mit dem Prozesse geleistet sei, so ist demgegenüber zu bemerken, daß es hier nicht in erster Linie auf einen Dienst gegenüber Russland ankam, sondern daß Deutschland ein hohes eignes Interesse daran hat, die Ausbreitung der anarchistischen Propaganda zu hindern. Eine Revolution in Russland würde zweifellos unser Vaterland stark in Mitleidenschaft ziehen. Der Propaganda der Lat gegenüber, die in einem Teile der inkriminierten Propaganden mit allem Nachdruck verfochten wurde, sind alle ordnungsliebenden Nationen solidarisches. Wenn in den Kreisen der Umstürzler in Russland darüber diskutiert wird wie über irgend eine politische Frage harmloser Natur, ob der Zar durch Meuchelmord oder auf der Guillotine enden solle, dann kann man deutlich genug erkennen, wessen man sich von den Elementen, deren Bestrebungen die Angeklagten förderten, zu versehen hat. . . Vom nationalen Standpunkte aus ist es mit Genugtuung zu begrüßen, daß einem geheimbündlerischen Treiben der Umstürzler, das eifrig einer flotten Verbreitung revolutionärer und auch anarchistischer Schriften dienste, ein Ende gemacht ist. Für die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist damit allerdings wenig oder nichts geschehen. Mit dem Strafgesetzbuch und dem Gericht ist gegen die Partei des Umsturzes wenig auszurichten, nur kann ihr damit gelegentlich, wenn sie im freien Uebermut einmal gar zu sehr recht und Gesetz mit Füßen tritt, zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie noch nicht schrankenlos ihre diktatorischen Gelüste entfalten kann. Der entscheidende Kampf kann nur und muß auf politischem Felde geschlagen werden und da gilt es, nicht zu ruhen und zu rasten, bis diese unser Volk politisch und moralisch vergiftende Bewegung endgültig überwunden ist.“

Weniger optimistisch urteilen die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Unter einer Reihe von peinlichen Prozessen der letzten Zeit — Skwilecki, Pommerbank, Meyers, Gelfenkirchen usw. — ist der Königsberger Prozeß der schlimmste, und heute sagen die „Neuesten Nachrichten“: „Man hätte besser getan, den Fall nicht vor die Gerichte zu bringen. . . Der Sozialdemokratie, den wirkendsten Feinden Russlands, ward die Gelegenheit gegeben, noch mehr als bei den Debatten im Reichstag und preussischen Landtag am 19. Januar und am 27. und 29. Februar d. J. öffentlich kulturbidrig, beschämende und entrüstende Zustände des Zarenreichs in den allerhöchsten Farben der Welt auszumalen. Eine solche Beleuchtung erfolgte nicht nur von den Verteidigern, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Gaase, Liebnecht und Genossen, sondern auch von bürgerlichen Sachverständigen. Mag selbst bei Männern wie Professor Neuhner eine unwillkürliche Vereingnommenheit herrschen, mag die sozialdemokratische Behauptung, die russische Regierung habe den Königsberg in Belgrad usw. provoziert, total falsch und hochst erlogen sein: zieht man viel ab, es bleibt doch noch genug übrig, um den Triumphruf des „Vorwärts“ zu rechtfertigen: „Russland stand vor Gericht, das heilige Russland, das Russland der Reichte und aller blutigen Unmenslichkeiten.“ Leider ist auch etwas richtiges daran, wenn der „Vorwärts“ fortfährt: „Und mit diesem Russland Preußen-Deutschland.“ Ehe man einen solchen heißen Prozeß begann, hätten unsere maßgebenden Stellen sich wenigstens über seine unumgänglichen Grundlagen im klaren sein müssen. Und nun stellt sich nach dreiviertel Jahren heraus, und das Gericht muß selber zugeben, daß die Gegenseitigkeit von Russland nicht in der nötigen Weise verbürgt ist. . . Nachdem schließlich wegen der Hauptverbrechen, des Hochverrats und der Majestätsbeleidigung, Freisprechung erfolgen mußte und nur eine relativ geringe Strafe wegen verbotener geheimer Verbindung ausgesprochen ist, ergibt sich zugleich die Anomalie und Ungerechtigkeit, daß die Angeklagten ganz unerbittlich längere in Untersuchungshaft gehalten sind. Wären die verantwortlichen Stellen von vornherein über die Grundlage des Prozesses, über die mangelnde Gegenseitigkeit, gehörig unterrichtet gewesen, so hätte man gewiß bloß unter der Anschuldigung geheimer Verbindung die Angeklagten nicht so lange vor dem Urteil der Freiheit beraubt. Es wird auch nach wie vor manche Leute, nicht bloß Sozialdemokraten, geben, welche der Meinung sind, die Anklage und die Beweise betreffs der geheimen Verbindung ständen auf schwachen Füßen. . . Schon aus Anlaß des Pommerbankprozesses ist darüber öffentlich gellagt worden, daß das Gericht nicht unbeugsam und ohne jedes Ansehen der Person richtungslos den Weg des Rechts ging; es hielt die Vernehmung des Freiherrn von Mirbach und die Aufklärung des rätselhaften, schlimmen Verdacht erweckenden Verschwindens der quittierten 325 000 Mark aus unangesehnen, aber bedenklich erscheinenden Gründen nicht für erforderlich. Justizminister Schönstedt hat schon vor Jahren im Parlament selbst zugegeben, daß die deutsche Rechtspredung im Volke nicht das Vertrauen genießt, welches sie besitzen müßte. Der Königsberger Prozeß kann leider in dieser Beziehung weiter deprimierend wirken. „Königsberg ist zur weitreichenden, machtvollsten, in all ihren Folgen noch unabsehbaren Demonstration für die deutsche und für die russische Sozialdemokratie geworden.“ Diese Farsen des „Vorwärts“ entbehrt leider weniger der Grundlage, als das bei diesem verfehlten Hochverratsprozeß der Fall war! Er hat sicherlich der Sozialdemokratie mehr Freude und Nutzen gebracht, als Russland und der deutschen Justiz.“

Das ist schon alles mögliche für ein Scharfmacherblatt. Es klingt da beinahe zähm, wenn die „Nationalzeitung“ meint:

„Allgemein aber war das kühnste Bestreben darüber, daß die Grundfrage zur entscheidenden Prüfung erst gekommen ist, als das Verfahren seit vielen Monaten eingeleitet und der Prozeß seit

einer Woche im Gange war. Und das obenbrein, trotzdem eine amtliche deutsche Uebersetzung des russischen Strafgesetzbuchs vorhanden ist, die auf den ersten Einblick Klarheit gegeben hätte! Um diese traurige Erscheinung kommen wir nicht herum; hier hilft kein Vertuschungsversuch, wie er in einem süddeutschen Blatt unternommen worden ist, sondern nur unumwunden klare Aussprache, die eine deutliche Warnung für die Zukunft bildet.“

Daß der Sozialdemokratie der Triumph des Königsberger Prozesses infolge der begangenen Fehler bereitet worden ist, kann im übrigen nur lebhaft bedauert werden. Es tritt dadurch die Tatsache zu sehr in den Hintergrund, daß gegenüber der Propaganda der Lat alle Staaten der Welt das gleiche Abwehrinteresse haben, und daß, soweit dieser Propaganda von irgend einer deutschen Seite Vorstoß geleistet wird, die deutsche Justiz allerdings zu schärfstem Eingriff gehalten sein müßte. Prozesse nach dem Königsberger Muster befestigen diese Anschauung nicht, sondern verwirren und verwischen sie eher. Und das kann bei Gelegenheit gefährlich werden.“

Auch die „Magdeburger Zeitung“ macht ein wenig in Anarchistenfurcht, gleich ihrer Gesinnungsgenossin in Berlin. Im übrigen aber ist sie ganz und gar nicht einverstanden mit dem Prozeß:

„Nicht daß die längst bekannten Zustände des Knutenregiments von einwandfreien Zeugen mit erschütternden Zügen geschildert wurden, gab den Königsberger Verhandlungen das Gepräge, sondern der Umstand, daß wir uns, eben wegen jener Paragraphen des Strafgesetzbuchs, mit solchen Zuständen in einer unnatürlichen Solidarität befanden, daß ihre Schilderung dem Deutschen die Rote der Scham ins Gesicht trieb. Diese Empfindung geht weit in die konterbairten Volkskreise hinein, denen im allgemeinen die russische Freundschaft nicht bloß politische Notwendigkeit, sondern ehliches Bedürfnis ist. Selbst die Regierung wird sich die eigenartige Bearbeitung des Prozeßmaterials von Seiten der russischen Konsulats- und Hofkassabehörden ab notam nehmen. Das Anlagematerial durch Weglassen, Verändern und Hinzufügen — der Staatsanwalt nannte es „suppletorien“: zu deutsch: unterfüllen — für den Zweck zurecht machen, ist nicht deutscher Brauch, und auch hierzu müssen wir uns für sehr große Solidarität auf der Grundlage der „Gegenseitigkeit“ bedanken.“

Scharfe Worte findet das „Berliner Tageblatt“:

Es spricht für einen bedauerlichen Mangel an Selbstachtung, daß sich unsere Gerichte berufen glauben, der russischen Regierung in ihrem Kampfe gegen Aufklärung und Fortschritt Schergenddienste zu leisten. Hier hätte es von vornherein heißen müssen: Bei solchem Handwerk tun wir nicht mit. Statt dessen hat man die Angeklagten eingekerkert und befehle, als hätten sie die Hand an die Wurzel des Deutschen Reichs gelegt. Der Königsberger Prozeß ist ein schwarzes Blatt der preussischen Justiz. So viel wir auch schon an Liebesdienste gegen Russland geleistet haben mögen, diesen Prozeß hätte man doch nicht für möglich gehalten; daß er ergebnislos verlaufen ist, genügt noch nicht; man muß auf das Bestimmteste fordern, daß sich ähnliche Vorgänge nie wiederholen. Wir wollen mit dem russischen Nachbar in Frieden und Freundschaft leben, so weit es eben geht; aber wir wollen nichts tun, was mit der nationalen Ehre unerbittlich ist. Der Königsberger Prozeß hat die zulässige Grenze weit überschritten.“

Die „Frankfurter Zeitung“, die schon während der Prozeßverhandlungen mehrfach Zeichen großen Mißfallens erkennen ließ, kommentiert das Urteil in einem längeren Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Und zum besonderen gerichtlichen Schutze dieses so charakteristischen Systems haben sich preussische Behörden aus freien Stücken eingesetzt, unbekümmert darum, daß auch Deutsche wiederholt von der Willkür russischer Behörden betroffen worden, daß deutsche Frauen verdrückt als Gefangenin gezwungen und wie gemeine Verbrecher transportiert worden sind! Ein nettes deutsches Kulturbild! Russische Spindel durften in Deutschland ihr Wesen treiben, auf deren Angaben hin wurden russische Gänge, die Deutschland nichts getan hatten, ausgewiesen und zum Teil sogar nach England abgeschoben, das heißt de facto an Russland ausgeliefert. Und um allem die Krone aufzusetzen, sind schließlich deutsche Staatsbürger in hochverräterische Untersuchung genommen worden wegen des ungeheuren Verbrechens, mitgeholfen zu haben, daß russische Schriften nach Russland hinübergeschmuggelt wurden. Wohlgerne, diese Schriften waren nicht etwa in Deutschland verboten, auch ihre Hinüberführung nach Russland ist an sich nicht verboten. Aber weil begründeterweise Russland gegenüber diese Schriftensendungen geheimgehalten wurden, sollte das strafbare Geheimbündelei sein, und der Inhalt der Broschüren, von dem die deutschen Vermittler keine Ahnung hatten, sollte Zarenbeleidigung und Hochverrat gegen den Zaren enthalten. Nach hier wieder sind die äußeren Umstände des Verfahrens höchst eigenartig. Das Steueramt liefert die Schriften an die Polizei. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Steuerbehörde das nicht aus eigenen Antrieben getan hat, sie muß erst darauf hingewiesen worden sein, und die Vermutung, daß auch hier russische Spindel ihr Wesen getrieben haben, liegt da nahe genug. Die Polizei aber hat nichts Eiligeres zu tun, als mit den Schriften zum russischen Generalkonsul in Königsberg zu gehen und diesen zur Anfertigung von Inhaltsangaben aus den Schriften zu ersuchen. Also von russischen Beamten läßt sich die preussische Polizei — sicher nicht zufällig und ohne daß der russische Konsul früher schon davon wußte — das Material anfertigen, auf das hin sofort die russische Botschaft angegangen wird, den zur Strafverfolgung erforderlichen Strafantrag zu stellen, und nun begann das Kesseltreiben gegen die Angeklagten, die lediglich auf Grundlage der russischen „Inhaltsangaben“ hin monatelang in Untersuchungshaft gesteckt wurden. — — — So ist der Hauptteil der Anklage täglich zum Vorschein gekommen. Die Anklage wegen

Verurteilung hat der Staatsanwalt selber fallen lassen müssen, die Anklage wegen Hochverrats hat das Königsberger Gericht, wie es sich gar nicht anders konnte, zurückgewiesen. ... Die Verurteilung hat der Staatsanwalt selber fallen lassen müssen, die Anklage wegen Hochverrats hat das Königsberger Gericht, wie es sich gar nicht anders konnte, zurückgewiesen. ...

Der Königsberger Prozess bedeutet nach seiner ganzen Vorbereitung eine schwere Schädigung unserer Rechtspflege. Das keine der Anklagen, die damit vor der Hauptverhandlung befaßt war, an eine Klarstellung der rechtlichen Grundlagen überhaupt dachte, ist kein Ruhm für unsere Justiz, und ganz von selbst ergibt sich die Frage, wie weit denn die Rettung der preussischen Justizverwaltung sich damit befaßt hat, wie weit sie eine Mitverantwortung für das unverantwortlich voreilige Handeln der Staatsanwaltschaft trifft. ...

Sehr scharf spricht sich auch die „Rölnische Zeitung“ aus. Sie sagt u. a.:

„Durch das jetzt ergangene Urteil im Königsberger Prozess hat die Staatsanwaltschaft eine Niederlage erlitten, wie sie empfindlicher kaum gedacht werden kann. ... Die Staatsanwaltschaft hat da einen „Erfolg“ errungen, mit dem sie sehr wenig zufrieden sein wird. Die Verurteilung wegen Geheimbündelei war ihr Lieblingssache; die Hauptanklage ging auf Verleumdung des Krons und Hochverrats gegen Russland, und nie ist eine Anklage klägerischer ins Wasser gefallen als diese. ...

Von der Zentrumspresse gefällt sich die „Germania“ darin, mit einigen tadelnden Bemerkungen gegen die Verantworte des Prozesses Übernehmungen gegen die Sozialdemokratie zu verbinden, die kein Recht hätte, sich über Russland zu entlassen, weil innerhalb der Sozialdemokratie selbst russische Zustände herrschen. (?) Dagegen zieht die „Rölnische Volkszeitung“ gegen den Königsberger Aussendienst zu Felde. Sie schreibt u. a.:

„Die Staatsanwaltschaft hat da einen „Erfolg“ errungen, mit dem sie sehr wenig zufrieden sein wird. Die Verurteilung wegen Geheimbündelei war ihr Lieblingssache; die Hauptanklage ging auf Verleumdung des Krons und Hochverrats gegen Russland, und nie ist eine Anklage klägerischer ins Wasser gefallen als diese. ...

„Die Staatsanwaltschaft hat da einen „Erfolg“ errungen, mit dem sie sehr wenig zufrieden sein wird. Die Verurteilung wegen Geheimbündelei war ihr Lieblingssache; die Hauptanklage ging auf Verleumdung des Krons und Hochverrats gegen Russland, und nie ist eine Anklage klägerischer ins Wasser gefallen als diese. ...

In der reaktionären Presse herrscht meistens noch Schrecken. Die „Kreuzzeitung“ drückt eine Neußerung eines österröischen konservativen Blättchens ab, in welchem natürlich die konservative Russenfeindschaft in beweglichen Klagen über den staatsanwaltschaftlichen „Mißerfolg“ zum Ausdruck kommt. Daneben bebauert noch der Bearbeiter der auswärtigen Politik des Zentrumsorgans in einem Artikel über die Ereignisse im Ausland (?), daß der russische Regierung nicht die Möglichkeit geboten war, sich in dem Prozess zu verteidigen vor dem „Hagel von Anschuldigungen, der sie getroffen hat“. Das ist alles. Zu einer eignen Meinung über den Prozessausgang hat es das Zentrumsorgan nicht gebracht.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Bündlerorgan, ist weniger diplomatisch wie die „Kreuzzeitung“; sie ...

„Der Prozess hat also behauptet und bewiesen, daß die deutsche organisierte Sozialdemokratie mit daran arbeitet, in Russland den Paroxysmus durch die Revolution, da es anders nicht möglich erscheint, zu stürzen. ...

Herr Dertel in eigener Person ist es, der — er ist ja Dichter — mit kühner Phantasie die Rolle der Ankläger und Kläger im Königsberger Prozess in dieser Weise vertauscht. Seine Methode ist nicht ganz ehrlich, aber nur eine konsequente Folgerung der reaktionären Haltung des Bündlerblattes, das für Russland schon deshalb schwärmt, weil in ihm die Prügelstrafe in so ausgedehntem Maße zur Anwendung gelangt. ...

Das Blatt Eugen Richters, die „Freie deutsche Presse“ hütet sich vor jedem Worte der Kritik an dem Urteil. Sie berichtet nur rein referierend darüber, und die „Rölnische Zeitung“ bebauert gar, daß der Prozess nicht unterblieb — weil er die prächtige Aussage des Professors v. Meußner veranlaßte. —

Gegen das Königsberger Urteil soll seitens der Verurteilten und seitens des Staatsanwalts Revision angemeldet werden. Der letztere will wohl gerne durch den höchsten Gerichtshof bestätigt haben, daß auch die glühendste Russenliebe keinen ausreichenden Ersatz für fehlende prozessuale Grundlagen eines Strafverfahrens bildet. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 27. Juli 1904.

Budde gegen die Konsumvereine.

Mit dem Erlasse des Eisenbahngewaltigen, der die Eisenbahnarbeiter den Krämer zu Uebervorteilung überweist, beschäftigt sich die „Soziale Praxis“. Sie schreibt: „Wenn die Eisenbahner sehen, daß sie mit aller ihrer bisherigen Unterwürfigkeit und Gehorsamkeit ...

Herr Budde wird es schön bleiben lassen, den höheren Beamten den Austritt aus ihren Konsumvereinen zu beschließen. Er gehört nämlich selbst einem solchen an. Sein Vorgehen wird jetzt sogar von der „Kreuzzeitung“ mißbilligt, die den Erlaß in dieser Weise kommentiert:

Wir können uns nicht damit befremden, daß die Beamten, die doch auch zum Mittelstand gehören, plötzlich nicht mehr das Recht haben sollen, sich ebenso zum gemeinschaftlichen Einkauf ihrer Lebensbedürfnisse zu organisieren, wie die Detailisten sich zum gemeinschaftlichen Einkauf ihrer Waren organisieren. Der Vorteil mag gering sein, aber er spielt bei der durch die Notwendigkeit gebotenen knappen Besoldung der Staatsbeamten doch immerhin eine Rolle im Haushalt einer Beamtenfamilie. ... Die konservative Partei hat sich zwar stets von der gewaltigen Ueberschätzung der Einkaufsgenossenschaften freigehalten. ...

Das Junkerblatt fürchtet die Warenhäuser noch mehr wie die Konsumvereine. Daher seine Bedenken, die nicht

darin wurzeln, daß es überhaupt keine gesetzlichen Vorschriften gibt, auf die sich das Vorgehen des Eisenbahngewaltigen stützen kann. Nicht der Willkürakt an sich ist es, der das Mißfallen der „Kreuzzeitung“ erregt, sondern die Erkenntnis, daß das gewollte Ziel mit ihm nicht erreicht wird. Der falsche Ausgangspunkt hindert aber das Junkerblatt nicht, die Wirkung des Erlasses richtig zu beurteilen. —

Die Kolonialpolitik auf dem Kongress zu Amsterdam.

Zu den wichtigsten Punkten der Tagesordnung, die auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress zu Amsterdam verhandelt wird, gehört die Kolonialpolitik. Einer der Referenten ist der Genosse van Kol, Abgeordneter der zweiten holländischen Kammer. van Kol ist viele Jahre als Staats-Ingenieur in holländisch-Indien angestellt gewesen, hat mehrere Reisen um die Welt gemacht und dabei fast alle Kolonien der europäischen Kulturstaaten besucht. ...

van Kol ist der Meinung, daß die Kolonialmächte ihre Kolonien nicht angeben können, ohne dieselben der Anarchie und der Misere preiszugeben, da dieselben in ihrer Mehrzahl unfähig seien, sich selbst zu regieren. Von 1870—1900 haben über 20 Millionen Menschen Europa verlassen und doch verbleibe noch immer ein Wachstum der europäischen Bevölkerung. Die zivilisierten Völker würden in den engen Grenzen ihrer Länder ersticken, währenddem in andern Teilen der Erde noch ungeheuer viel Raum vorhanden sei. ...

Die Hypothese von Strödel, daß gewisse Länder wenigstens zum Teil die kapitalistische Periode entbehren könnten, habe sich nicht realisiert. Die primitiven Völker könnten nicht anders zur Zivilisation gelangen, als indem sie diesen Lebensgang hinaufsteigen. Die ökonomische Entwicklung würde in den Kolonien natürlich andre Formen annehmen, als in Europa. Die extreme Proletarisierung der Massen könne vermieden werden und der Klassenkampf könne weniger brutale Formen annehmen. Die sozialistischen Parteien haben die Pflicht, die Eingebornen zu schützen und zu verlangen, daß ein Teil der wirtschaftlichen Ausbeutung in die Hände des Staates gelegt wird. Genau wie es sich mit dem Kleinbäuerlichen Besitz in Europa verhalte, so sei es auch durchaus nicht nötig, den Prozess der Proletarisierung der Eingebornen durch Wegnahme ihres Landes zu beschleunigen, im Gegenteil müsse es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die Enteignung der Eingebornen durch die Fremden zu verhindern. ...

Das etwa ist der Gedankengang von Kols, der in seinem Bericht und in der von ihm vorgeschlagenen Resolution zum Ausdruck kommt. —

Wohnaufbesserung für Kriegervereiner.

Zur Verstärkung der Kriegervereine ist jüngst ein eigenartiges Mittel versucht worden. Die Mitglieder der Kriegervereine sollen bei den Kontrollversammlungen von Nichtmitgliedern gesondert aufgestellt werden. Die Nichtmitglieder werden einem Examen unterworfen, weshalb sie nicht Mitglieder eines Kriegervereins sind. Unter solchen Verhältnissen kann es nicht überraschen, daß die „Rhein-Westf. Ztg.“ schreibt, das Kriegervereinswesen habe im Laufe des Winters sehr an Ausdehnung gewonnen. Daß es sich dabei nicht um eine natürliche Entwicklung von Kriegervereinen aus sich heraus handelt, ergibt sich auch aus der Mitteilung der „Rhein-Westf. Ztg.“, daß auf den Wunsch des Kaisers hin, möglichst alle ehemaligen Soldaten in Kriegerverbänden vereint zu sehen, „sehr viel agitiert“ worden sei und namentlich die Landräte in den Wintermonaten bemüht gewesen sind, Kriegervereine ins Leben zu rufen. ...

Ein Gnadenakt des Zaren.

Der „Skandia“ ist, nachdem sie eine Woche lang widerrechtlich aufgehalten worden ist, von der kaiserlich-russischen Regierung die allerhöchste Erlaubnis zum Weiterfahren gnädigst erteilt worden. Auch die beiden beschlagnahmten Postfässer sollen nach ihrem Bestimmungsort weiterbefördert werden, nachdem sich die der kaiserlich deutschen Reichspost vorgelegte russische Behörde von der Harmlosigkeit ihres Inhalts zu überzeugen geruht hat. Infolge dieser hochherzigen Akte seiner kaiserlichen Majestät, des allergnädigsten Herrschers aller Rußen und Borussen, Nikolaus 2. — Gott erhalte ihn! — ist bereits Herr Scherl von der deutschen Regierung zum Fußsack nach Petersburg befohlen worden. Die Scherlpreffe schreibt:

Die Angelegenheit der Beschlagnahme deutscher Dampfer durch die russische Freiwilligenflotte kann als völlig erledigt angesehen werden. Es muß gerechterweise anerkannt werden, daß die russische Regierung in sehr loyaler Weise den Vorstellungen Deutschlands entgegengekommen ist, die einer anderweitigen Unterstufung nicht bedürftig sind. . . . Wenn die Vorstellungen der deutschen Regierung ihre Wirkung getan haben, ohne daß „schweres Geschick“ aufgeföhren werden mußte, so kann dies nur zeigen, daß unsere Regierung nachvoll genug ist, mit wenig mehr zu erreichen als andre durch den Aufwand bedeutender Kraftmittel.

Worin besteht der „Erfolg“ der deutschen, die „Loyalität“ der russischen Regierung? Russische Schiffe, die nach wohlbegründeter, von England und Amerika kräftig vertretener Rechtsauffassung nicht als Kriegsfahrzeuge, sondern als einfache Seeräuberschiffe zu betrachten sind, haben einen deutschen Postdampfer durchstöbert, Postfässer aus ihm fortgeschleppt und einen andern deutschen Dampfer gefangen genommen und nach Suez zurückgebracht. Nachdem die russische Regierung die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die beschlagnahmten Säcke und Schiffe keine Kriegskonterbande enthalten, hat sie den Befehl auf Freigabe erlassen.

Wenn die Engländer nun durch die halbamtliche Scherlpreffe in gewohnter Bedientenfrechheit verhöhnt werden, daß sie bei Vätern durch den „Aufwand bedeutender Kraftmittel“ weniger erreichen als die deutsche Regierung, so ist das einfach gelogen. Denn die englische Regierung will nicht wie die deutsche ein paar widerrechtlich gekaperte Schiffe untertänigst zurückbeteln, sondern sie will ihre Flagge schützen und den Uebergriffen der russischen Piratenflotte ein für allemal ein Ende bereiten.

Die Folge dieses unflätigen Verhaltens der deutschen halbamtlichen Presse wird keineswegs, wie man vielleicht wird einreden wollen, die Sicherung des Weltfriedens sein, sondern vielmehr eine durchaus berechnete Erbitterung der Engländer gegen die deutschen Knechte des Zaren. Deutlicher konnte nicht gezeigt werden, daß Westeuropa bei jedem Konflikt mit dem Zarenismus das heutige Deutschland als seinen Feind betrachten muß. Als die Nachricht nach England kam, die Russen hätten einen deutschen Postdampfer, also ein unmittelbar im Reichsdienst stehendes Schiff belästigt, erklärten englische Blätter, daß Deutschland noch viel schwerer getroffen sei als England und daß man ihm darum bei der Aktion gegen Rußland den Vortritt lassen müsse. Nach hat sich indes England davon überzeugen müssen, daß Deutschland Rußland gegenüber keine Ehre mehr zu verlieren und darum auch keine zu verteidigen

habe. Und wenn man in diesen Tagen in England Rußland gründlicher als je haben gelernt hat, so wird man dort Deutschland gründlicher als je verachten lernen.

Inzwischen hat die schmähliche Haltung Deutschlands den Uebermut Rußlands tatsächlich wieder gewaltig bestärkt. Die Nachricht, daß es bereits völlig vor den Engländern zu Kreuze getrocknet ist, belästigt sich nicht, und unter diesen Umständen traut sich kein Mensch mehr zu prophezeien, wie es in Europa in vierzehn Tagen aussehen wird. Nur so viel ist gewiß, daß die offizielle deutsche Politik einen Kurs steuert, der der ganzen öffentlichen Meinung und allen Wünschen der Volksmassen — nicht allein der sozialdemokratischen gesinnt — durchaus entgegen ist. „Für die deutsche Regierung“, bemerkt der Berliner Korrespondent der „Times“ treffend, „ist die Stimme des Volkes nicht Gottes Stimme, sondern des Teufels Stimme.“ Der Ruffentanz leitet Deutschland zur Katastrophe. —

Aus der Parteibewegung.

Genosse Schippel läßt heute wieder einmal einen Artikel — den siebenten — über Arbeiterklasse und Handelspolitik in der Chemnitzer „Volksstimme“ erscheinen. Aber der Schlussartikel ist es immer noch nicht. Er wird heute angekündigt und erscheint hoffentlich noch vor dem Parteitag.

Zum Internationalen Kongress in Amsterdam. Die Sekretäre der einzelnen Landesparteien werden ersucht, an den Kongress einige Exemplare der Broschüren, Werke und Zeitungen der sozialistischen Literatur zum Zwecke der Ausstellung, beziehentlich des Verkaufs auf dem Kongress einzubringen oder mitzubringen. Der Punkt „Die internationalen Regeln der sozialistischen Politik“ wird voraussichtlich zu sehr lebhaften Debatten auf dem Amsterdamer Kongress führen. Zu diesem Punkt liegt dem Kongress bereits die Resolution vom Dresdener Parteitag vor. Dieselbe ist von der sozialistischen Partei von Frankreich auf ihrem Kongress zu Reims zu der ihrigen gemacht und von derselben dem Kongress unterbreitet worden. —

Die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen, Genossin Baader, erläßt heute einen Aufruf, in dem sie die Frauen auffordert, sich an den Verhandlungen des Bremer Parteitags durch Delegierte zu beteiligen. Wo es angängig ist, sollten die Genossinnen sich sofort mit den Genossen ihrer Wahlkreise über die Wahl einer gemeinsamen Delegierten verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens aus irgendwelchen Gründen nicht statutengemäß gesichert werden kann, ist in öffentlicher Frauenversammlung eine eigne Delegierte zu wählen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik der Steinseher und Hammer in Berlin ist nun beendet. Eine Versammlung derselben beschloß einstimmig, den Streik für beendet zu erklären. Diejenigen, die im Laufe dieser Woche noch keine Arbeit erhalten sollten, werden unterstützt, haben sich jedoch zur Kontrolle zu melden.

Amerikanische Streiks. Die Viehknechte und Fuhrleute, die auf den Viehhöfen der Union angestellt sind, haben sich dem Schlächterausstand angeschlossen, ebenso die

Arbeiter der Transportgesellschaft. Ferner sind die Arbeiter verschiedener Gewerbe in Chicago in den allgemeinen Ausstand getreten, um die Schlachthausangestellten zu unterstützen, darunter fast alle Maschinisten, Maschinenbauer und Handlanger, die von den vielen großen Konservenfabrikanten angestellt sind. — Die Baumwollfabrikarbeiter in Fallriver sind, wie angekündigt war, in den Ausstand getreten. Sämtliche Fabriken der Union sind geschlossen worden. —

Vom Streik in Borsalaw wird gemeldet, daß der Fachverein der Streitenden behördlich aufgelöst worden ist. Zwei Polizeikommissare erschienen im Lokal desselben, verjagten alle Anwesenden und legten Siegel an. — Der Wiener städtische Arbeitsnachweis vermittelt Streikbrecher, denen vorgespiegelt wird, sie würden für ein Unternehmen „eine halbe Stunde von Lemberg“ gesucht. Eine Anzahl von Maschinisten und Heizern, die man unter dieser Vorspiegelung auf die Reise lockte und unterwegs ihre Reiserroute änderte, verweigerten in Borsalaw die Aufnahme der Arbeit. Recht so! —

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats beschloß der Chemnitzer Gewerkschaften. Das Institut soll am 1. Januar seine Tätigkeit beginnen. —

Keine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Legilarbeiter Göttingens haben das Gewerbeamt als Einigungsamt angezogen. — Die Droschkentreiber in Danzig streiken weiter, da Einigungsversuche am Dienstag ohne Erfolg blieben. — Die Bauarbeiter von ganz Biegnitz sind Dienstag ausgeperrt worden. Unorganisierte Bäcker weiter arbeiten — es sind aber fast keine da! — Die Holzstichbauer der Schlesiens Holzindustrie in Langensalza bei Götting, 300 Mann, streiken, weil ihre Forderung (10 Prozent Lohnerhöhung und 1/2 Stunde Verkürzung der Arbeitszeit) abgelehnt wurde. — Die Bäcker in Köln-Sindenthal und Raik errangen einen neuen Tarif, der 25—27 Mark Lohn pro Woche, 50 Pfennig für Ueberstunden, 11 stündige Arbeitszeit, Freizeit, 4 Tage Urlaub und Anerkennung der Organisation fordert. In Solingen erreichten sie nach 8 stündigem Streik 24 Mark Lohn (Zeigmacher 26 Mark, Heizer 28 Mark), Freizeit, 50 Pfennig für Ueberstunden, 10 1/2 stündige Arbeitszeit usw. auf die Dauer von zwei Jahren. Sämtliche Bäcker waren organisiert. Daher der schnelle Erfolg! — Der Streik der Pfl- und Wagenschmiede in Duisburg dauert an. —

5. Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgegnossen Deutschlands.

Die Eröffnung erfolgte am Montag, 18. Juli, im „Volkshaus“ zu Dresden. Aus dem Geschäftsbericht haben wir hervorzuheben: Die Zahl der Verbandsmitglieder ist von 6412 im April 1901 auf 10 007 gestiegen. Die Einnahmen betragen in dem Zeitraum vom 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1903 insgesamt 578 381,67 Mark. Die Ausgaben 402 411,28 Mark, so daß ein Kasseebestand von 175 970,39 Mark in der Geschäftsperiode vorliegt. Folger von 1901, 1902, 1903 in den einzelnen Jahrestellen zu verzeichnen war. Für Reiseunterstützung wurden in dem gleichen Zeitraum ausgegeben 48 390 Mark, für Arbeitslosenunterstützung 136 395 Mark, für Umzugskosten 13 120 Mark, für Unterstützung Gemahnter 10 024 Mark, Rechtschutz 817 Mark, Lohnbewegungen 10 780 Mark, Streikunterstützung an andere Gewerkschaften 8965 Mark, Generalversammlung pp. 7040 Mark. Die durchschnittliche Arbeitszeit der dem Verbande angehörenden Mitglieder stellt sich je nach der Berufsart auf wöchentlich durchschnittlich 50 1/2 bis 55 1/2 Stunden. Die durchschnittliche Lohnhöhe beträgt pro Woche in ganz Deutschland 18,41 Mark bis 27,80 Mark. Lohnbewegungen und Streiks fanden in der Zeit von 1901 bis 1903 140 Mal statt, davon wurden in 53 Orten bei 114 Firmen Lohnbewegungen ohne Streiks erfolgreich durchgeführt. Von 6 Angriffsstreiks waren 2 teilweise und 6 voll zugunsten der Arbeiter aus.

Anwesend sind 81 Delegierte, außerdem als Vertreter des Hauptverbandes der Verbandsvorsitzende und der Hauptkassierer Dr. Hall, der Vorsitzende des Ausschusses Nieß-Nürnberg, und

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Kraft-Mayr.

Ein humoristischer Musikanten-Roman.

Dem Andenken Franz Liszts gewidmet von Ernst v. Wolzogen.

(71. Fortsetzung.)

Antonin riß die Partitur hastig an sich und entfernte sich damit ein paar Schritte. Plötzlich aber machte er wieder kehrt und stürzte mit hochgeschwungenem Regenschirm auf Florian los, indem er dabei mit wuterstimmter Stimme schrie: „Sie Hundebut gemeines! Das habe ich Ihnen zu danken — Sie haben gehezt. Ah psia krow!“ Und weit ausholend, führte er einen wütenden Hieb gegen Florians Kopf.

Florian fing den Streich mit dem linken Arme auf und gleichzeitig fast fauste seine rechte Hand in kräftigem Schwunge auf Antonins Wange herab. „Was, Lump miserabler!“ schrie er ihm dabei an. „Was hast du g'sagt: ich hätt' den Meister gegen Dich aufbracht? Ah na, mei' Lieber, des brauchts' net; des brauchts' net, wenn ma a solche Saumnist schreibt wie Sie! Aber des freut mich doch, daß ich jetzt endlich a mal die Gelegenheit erwisch', Ihnen die Prügel zu verabfolgen, die ich Ihnen noch schuldig bin wegen dem gebrochenen Ehrenwort. Sie erinnern sich wohl freudlich noch an den Schein, was? So jetzt kassier' ich einmal meine Forderung ein!“

Und gleichsam als Interpunktionszeichen für diese knappe und kräftige Standrede klatschten die Ohrfeigen und hagelten die Prüffe auf den schönen Antonin herein. Bald fuhr seine Hand nach der brennenden Wange, bald krümmte er sich zusammen nach einem Stoß in den Bauch oder wand sich schreiend nach einem Faustschlag auf die Schulter. Zwischenhinein stieß und schlug er mit dem Regenschirm nach seinem Gegner oder suchte sich mit dem Arm gegen die Schläge zu decken. Schließlich riß ihm Florian den Schirm aus der

Hand, zog ihm damit noch eins über den Rücken, folgte noch einen wohlgezielten Faustschlag gegen die edle Nase hinzu, daß sofort das Blut heraussprang — und dann hatte er genug. Er ließ von seinem Opfer ab und sah ungerührt zu, wie der unglückliche Antonin Schirm, Hut und die zerbleute Partitur von Finis Polonia vom Boden aufwas und in wütendem Schmerz vor sich hinstimmend und fluchend, das seine Taschentuch gegen die Nase drückte.

„So,“ rief Florian munter, „Sie waren mir zehn Mark schuldig und ich Ihnen eine Tacht Prügel — jetzt sind wir zwei quitt!“ Er sah Spaziergänger nahen und klomm mit elastischem Schritt denselben Steig wieder hinan, den er eben hinabgestürzt war.

Oben angekommen, verschnaupte er ein wenig. Ihm war ungeheuer wohl zu Mute — ja, wie wenn er ein hervorragend gutes Werk verrichtet hätte. Er steckte die Hände in die Hosentaschen und pfiff sich eins im behaglichen Dahinschlendern. Er versuchte sich vorzustellen, welche Freude die Frau Schwiegermutter in sps beim Anblick ihres lieben Jungen haben und was für einen Bericht der wohl über sein schmerzliches Abenteuer erstatten werde. Thekla, daran zweifelte er keinen Augenblick, würde gewiß ein heißes Dankgebet zum Himmel schicken dafür, daß er ihren verhassten Verfolger durch kundige Hand gezüchtet hatte.

Florians Heiterkeit hielt aber nicht länger an, als bis er wieder vor der Tür der Hofgärtnerei stand; denn da fiel ihm auf einmal ein, daß er eigentlich den Auftrag des Meisters in höchst eigentümlicher Weise zur Ausführung gebracht habe. Da schritt der liebe alte Herr nun gewiß noch immer aufgeregt im Zimmer einher, sich bittere Vorwürfe über seinen Mangel an Selbstbeherrschung machend und des Boten harrend, der ihm die Beruhigung bringen sollte, daß der Beleidigte, wenn auch nicht selbst verziehen, so doch seine Bitte um Verzeihung empfangen habe. Und da sollte er ihm nun berichten, daß er den Geohrfeigten obendrein auch noch windelweich gedroschen habe? Nein,

das ging entschieden nicht an. Da hätte er sich nicht wundern dürfen, wenn er als Botenlohn selber ein paar hinter die Ohren gekriegt hätte. Es überkam ihn plötzlich eine ganz kindische Angst, und er schlich von Liszts Tür wieder weg wie ein böser Dube, der im Bewußtsein einer Verfehlung nicht vor das Angesicht des Vorgesetzten treten mag. Er ging heim, warf sich auf sein Sofa und überlegte.

Eine kleine Stunde mochte vergangen sein, ohne daß er zu einem Entschluß gekommen wäre. Da pochte es an seiner Tür, und auf sein „herrein“ trat die rundliche kleine Gestalt des Konsuls Burmeister über die Schwelle. Florian schneelte vom Sofa empor und rief mit dem Ausdruck äußersten Erstaunens: „Der Herr Konsul!“

Der kleine Herr trat verlegen lächelnd näher und sagte, indem er sich mit seinem rechtebenen Luche den Schweiß von der Glaxe tupfte: „Ja, es ist allerdings . . . es wird Ihnen vielleicht sonderbar erscheinen, daß ich mir erlaube, bei Ihnen vorzusprechen, Herr Mayr, aber . . .“

„Ja, wissen Sie denn schon?“ rief Florian verblüfft. „Ja aber gewiß!“ versetzte Herr Burmeister, „ich habe Sie doch auf dem Bahnhof und gestern im Theater gesehen. Der Oberkellner hat Ihre Adresse für mich ermittelt. Ich — ich wollte nämlich — das heißt: meine Frau meinte . . . Ich habe ja eigentlich nie etwas gegen Sie gehabt, Herr Mayr — mein Gott, die kleine — wie soll ich sagen? — Verirrung meiner Tochter gegenüber, das — das war ja überhaupt gar nicht so schlimm, hehe! Meine Frau allerdings — nun Sie werden begreifen: als Mutter . . .“

Florian unterbrach das peinliche Gesticulieren des Konsuls dadurch, daß er ihn nötigte, an seiner Stelle auf dem Sofa Platz zu nehmen, während er selbst sich ihm gegenüber auf einen Stuhl setzte und sich voll Eifer, zu vernehmen, was den kleinen Herrn eigentlich herführte, weit über den Tisch beugte. „Sie wissen also wirklich noch nichts?“ fragte er nochmals scharf betonend.

(Fortsetzung folgt.)

nahm Mund... als vorliegend an und erkannte auf...

Wustling. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der...

Beleidigung. Der schon erheblich vorbestrafte...

Vermischte Nachrichten.

Verpfändete Kronen. Erst vor einiger Zeit hat...

Der prettische Gemeinderat. In einer Gemeinde...

Kleine Chronik.

Früchte antisemitischer Erziehung. In welcher...

Petroleum beim Feueranmachen. In der Wohnung...

Als die Mutter und der Hausbesitzer herbeikamen...

Gattenmord aus Eifersucht und Selbstmord. In...

Ein Raubmord

ist in Thorn nachts an dem Bankier Adam verübt...

Einbruch bei Göhre.

Der Wille des Pastors a. D. Genossen Paul Göhre...

Wechsel eines Kavallerieleutnants.

Eine Aufsehen erregende Wechselgeschichte wird...

Ein „Studenten-UI“.

Eine Leipziger Korrespondenz schreibt: Sämere...

Vereine und Versammlungen.

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter. Die gestern...

besucht. Das ankommende Defekt hatte der Bauvorstand...

Redner führte aus, daß durch die Hebung der...

Hieraus sprach zum dritten Punkte der Tagesordnung...

Bereins-Kalender.

Zentralverband deutscher Brauerarbeiter, Bahnhalle...

Marktberichte.

Magdeburg, 26. Juli. (Mittliche Notierungen.) Die...

Viehmarkt.

Magdeburg, 26. Juni. (Städtischer Schlacht- und Viehhof...

Wasserstände.

Table with columns for location, date, and water level. Includes locations like Harbubitz, Brandeis, etc.

Drittglieder zu bleiben. Hiermit ist dann mitunter manche Gehalts- und Lohnaufbesserung verbunden. Handelt es sich bei den Kriegervereinern, die so für „patriotische“ Gesinnung belohnt werden, um Arbeiter oder Beamte? Und wer trägt die Kosten? Erhalten schließlich auch die Nichtmitglieder der Kriegervereine Lohnerhöhungen? Das sind so einige Fragen, auf die Antwort sehr erwünscht ist. —

Deutschland.

Berlin, 27. Juli. Graf Bülow ist jetzt in Berlin von den meisten seiner Ministerkollegen umgeben, da auch der Kriegsminister seinen Sommeraufenthalt in Oberbayern unterbrochen hat, um sich nach Berlin zu begeben. Wie es heißt, hat der Reichskanzler die Absicht, abgewandt von allen übrigen Welttheilen („Was geht uns die Mandchurie an!“) sich mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag zu beschäftigen. —

Gute Ansichten in Südwestafrica! Aus einem Missionarbrief, datiert von Ovitokoro, entnimmt das „Berl. Tagebl.“ folgende Stelle:

Der Typhus steht im Bunde mit der Pest und der Tücke des Feindes. Der Krieg wird noch sehr lange dauern und wird mit jedem Tage schwerer.

Dafür wird Südwestafrica, wenn erst mit ungeheuren Opfern an Gut und Blut Samuel Maharero besiegelt sein wird, ein „Ruhmesblatt“ in der deutschen Geschichte werden, die ohnehin von Tag zu Tag glorreicher wird. —

Weil, nach der „Frankfurter Zeitung“, ein Oberregierungsrat Neumann im Handelsministerium zum **Ministerialdirektor** ernannt wurde, wissen einige Blätter von einer Förderung des Arbeiterwohnungswezens in Preußen zu erzählen. Herr Neumann interessiert sich nämlich dafür. Uns scheint diese Hoffnung sehr vorzeitig. —

Breslau, 27. Juli. Genug der **Russenprozesse.** Gegen Genossin Klara Jettin hatte die Breslauer Staatsanwaltschaft bekanntlich ein Verfahren wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten eingeleitet, die in einer Rede „Der Bar in Deutschland voran!“ enthalten gewesen sein sollten. Die Beschlußkammer hat aber jetzt die Eröffnung des Hauptverfahrens mit folgender Begründung abgelehnt: es sei nicht ersichtlich, daß die Rednerin verschiedene Klassen der Gesellschaft zu Gewalttätigkeiten gegeneinander angereizt habe und es kann nicht anerkannt werden, daß die von der Rednerin gebrauchten Citate von Schiller und Fichte geeignet waren, in einer der öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttaten anzuregen. —

Leipzig, 27. Juli. Die **Leipziger Ortskrankenkasse** hatte die Verfügung der Kreishauptmannschaft im Verwaltungsstreitverfahren angefochten, wurde aber nach dem jetzt vorliegenden Urteil aus formellen Gründen abgewiesen.

Italien.

Wie der Telegraph bereits gemeldet, hat der Gerichtshof von Florenz die Pallizzolo und Genossen freigesprochen. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die ganze öffentliche Meinung in Italien der festen Überzeugung ist, daß man in Pallizzolo, dem Hauptling der sizilianischen Mafia, den Anführer und in seinen Mitangeklagten die Vollführer des Mordes an dem Bankdirektor Rotarbartolo und Micelli zu suchen hat. Dieser Riesenprozeß zieht sich insgesamt gegen 4 Jahre hin. Der erste Prozeß wurde bekanntlich vor dem Gerichtshof in Bologna geführt; dieser dauerte 10 Monate und 20 Tage, wobei 503 Zeugen vernommen wurden. Das Bologneser Urteil wurde vom obersten italienischen Gerichtshof aufgehoben und nach Florenz verwiesen. Hier wurde die Sache in 166 Sitzungen verhandelt, von denen 85 allein durch die Reden der Verteidiger in Anspruch genommen wurden. Die Kosten des Prozesses belaufen sich sicher auf mehrere Hunderttausend Frank, denn die Zeugengebühren betragen in Florenz allein über 46 000 Frank. Die braven Sizilianer sind außer sich vor Freude über den Freispruch. Ein Schiff mit den angesehensten Bittgern Palermo ging nach Neapel, um ihn dort abzuholen. Vor seinem Prozeß hatte Pallizzolo ein hübsches Vermögen; der Prozeß hat ihn 300 000 Lire gekostet, und es wird behauptet, daß er nichts mehr besitze. Es ist daher in Palermo eine Sammlung für ihn veranstaltet worden, die in wenigen Stunden 15 000 Lire einbrachte. Der Deputierte di Stefano vom ersten Palermitaner Wahlbezirk hat sein Mandat niedergelegt, um Pallizzolo Platz zu machen, der wohl auch gewählt werden wird. —

Niederlande.

Die Leiche **Paul Krügers** wurde vorläufig im Haag beigelegt. Die Beerdigung erfolgte im Beisein von königlichen Kammerherren, Künstlern, Beamten usw. Auch Präsident Steyn war anwesend und legte einen großen Kranz auf den Sarg mit den Worten auf der Schleife: „Du hast den guten Kampf gekämpft.“ Zu dieser Ehrung, die dem ehemaligen Bureauführer zu teil wurde, paßt aber sehr schlecht folgende Nachricht aus London: Die Hinterlassenschaft Krügers beträgt nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle 16—20 Millionen Mk., wovon der größte Teil an die Familie Krüger fallen wird. Das Geld ist zum überwiegenden Teile in europäischen Staatspapieren angelegt. Als Präsident Krüger Transvaal verließ, unterhandelte er noch wegen Verkauf von beweglichem und unbeweglichem Vermögen im Werte von fünf Millionen Mark, die Verhandlungen mußten jedoch abgebrochen werden, da Prätoria inzwischen von den Engländern eingenommen worden war. Man hat nichts davon gehört, daß der Expräsident auch der durch den Krieg in Not geratenen Buren gedacht hätte. —

Der russisch-japanische Krieg.

Ueber die gestern bereits gemeldete Niederlage der Russen bei Tschitschiao liegt heute ein eingehender Bericht vor. Nach Meldungen über England griffen die Japaner Tschitschiao am Sonnabend an, besetzten die Stadt am folgenden Morgen und schlugen 30 000 Russen zurück, die auf den südlichen und östlichen Höhen hartnäckigen Widerstand leisteten. Ueber den Kampf dröhete der Kriegsberichterstatter der „Daily Mail“ aus Nutschwang am 24. Juli: Um 6 Uhr morgens nahmen die Russen den Angriff auf die japanische Stellung auf den Höhen östlich von Tschitschiao wieder auf. Das Feuer mehrerer russischer Batterien hemmte einige Stunden den Vorstoß der japanischen linken Flanke von Tapingshan, die nach heftigem Kampf das Dorf Ranghudium, zwei Meilen südöstlich von Tapingshan, einnahm. Die Russen waren genötigt, sich nach Tjenghuituen, sechs Meilen von ihrer Basis, zurückzuziehen. In diesem Punkt erhielten sie Verstärkungen. Sie nahmen das Feuer aus zwei Batterien wieder auf und behaupteten ihre Stellung bis um 5 Uhr nachmittags, wo die japanische rechte Flanke plötzlich auf den Höhen südöstlich von Tschitschiao erschien und durch furchtbares Feuer die Russen zwang, um 6 Uhr abends eiligst den Rückzug anzutreten. Nach vierzehnstündiger Schlacht, die mit schweren Verlusten auf beiden Seiten verknüpft gewesen sein muß, wurde die russische Stellung bei Tschitschiao unhaltbar gemacht und die Russen gezwungen, sich in der Richtung auf Hainchong zurückzuziehen. Nutschwang steht jetzt den Japanern offen und ist bereits von ihnen besetzt worden. Es heißt in einer Depesche von gestern: 50 Mann von der japanischen Kavallerie sind in Nutschwang eingerückt. Auf den russischen Gebäuden weht die französische Flagge. Die Vorhut der Japaner ist heute früh eingetroffen. In der Stadt ist alles ruhig. Nach der Räumung von Nutschwang verbrannten die Russen die Eisenbahnstation Simutsch und zogen sich auf den Liau-Fluß zurück. Große Infanterie-Zusammenstöße sind nicht vorgekommen, da heftige Regengüsse die Bewegungen des Fußvolks hindern.

Alexejew und Kuropatkin.

Während die Russen so Schlappe auf Schlappe bekommen und bald bis Mukden zurückgedrängt sein werden, werden die Eifersüchteligen zwischen ihren beiden leitenden Männern immer größer. Wir entnehmen einem größeren Telegramm der Scharfprelle darüber folgende Darstellung: „Wie groß der Gegensatz zwischen Alexejew und Kuropatkin ist, beweist ein Ukas Alexejews, worin es heißt, daß alle Truppen, die vom 1. Juli nach Mukden kommen, ihm direkt zur Disposition gestellt werden sollen, also nicht Kuropatkin. Unter solchen Umständen ist es leicht begreiflich, daß Kuropatkins Energie nicht wenig durch Alexejews unjapanische Gesinnung gegen Kuropatkin paralysiert wird, da der Oberbefehlshaber offenbar nicht selbständig über das Truppenmaterial verfügen kann. Auch Admiral Strydlow scheint Alexejews Sympathien nicht zu genießen. So wurde der Herausgeber der Zeitung „Charbinski Westnik“, der einen warm empfundenen Artikel der „Nowoje Wremja“ über die Ernennung Strydlovs wiedergab, von Alexejew darüber zur Rede gestellt, wie er sich unterstehen konnte, jenen Lobhymnus wiederzugeben.“ Kein Wunder, daß die Russen geprügelt werden, wo ihre Oberbefehlshaber zu vernünftigen Dingen keine Zeit haben. Alexejew ist aber ein Günstling des Zaren und kann sich daher viel, oder vielleicht alles erlauben. —

Letzte Nachrichten.

Sd. London, 27. Juli. Aus Nutschwang wird berichtet: Die russischen Einwohner verlassen die Stadt. Chinesen haben in Yintau das Abrücken der russischen Truppen dazu benutzt, eine Anzahl Häuser zu plündern und in Brand zu stecken. Der russische Konsul hatte den Befehl erhalten, auf seinem Posten zu verbleiben, die Japaner haben ihn jedoch erluchtet, die Stadt zu verlassen.

Sd. Petersburg, 27. Juli. Admiral Alexejew und General Kuropatkin hatten gestern in Mukden eine Zusammenkunft, in welcher angeblich beschlossen worden sein soll, Liaotung zu räumen, um sich in Mukden festzusetzen. Die Japaner bringen nach Norden vor. Ein Telegramm aus Wladiwostok berichtet, daß man dort Alexejew erwarte, welcher eine Konferenz mit Strydloff haben wird, sobald dieser zurückgekehrt ist. —

Russische Seeräuber.

Die Zerstörung des Dampfers „Anight Commander“ hat in England eine große Erregung hervorgerufen. Die gesamte Presse konstatiert einmütig, daß der Vorgang eine ernstere Verletzung des Völkerrechts bilde, als der „Malakka“-Fall. „Evening Standard“ drückt die Hoffnung aus, daß die englische Regierung bereits energig Aufklärung verlangt habe. „St. James Gazette“ erklärt, die Geduld Englands werde auf eine harte Probe gestellt, doch könne diese auch schließlich ausgehen. In diesem Falle würde Rußland es mit einem weit gefährlicheren Gegner zur See zu tun haben, als jetzt mit Japan.

Auch im englischen Unterhaus kam die Angelegenheit gestern zur Sprache. Dilke fragte an, ob es wahr sei, daß das britische Schiff „Anight Commander“ von den Russen in Grund geschossen worden sei. Premierminister Balfour erwidert, der Regierung seien entsprechende Gerüchte zu Ohren gekommen, doch habe die Regierung bis jetzt nicht die Möglichkeit, die Wahrheit festzustellen. Er brauche kaum zu sagen, daß alle möglichen Nachforschungen angestellt würden, bis diese aber ein Ergebnis gezeitigt hätten, sei es äußerlich ungewiß, irgend etwas weiteres zu sagen. Gibson Bowles fragt an, welche Schritte die Regierung bei der Pforte getan, um einer Verletzung der Verträge von 1856 und 1871 seit der Note wegen der Durchsicht von russischen Torpedobooten durch die Dardanellen am 1. Januar 1903 vorzubeugen. Balfour erwidert, bis zur Durchsicht der „Petersburg“ und der „Smolensk“ habe die

Regierung seit der oben erwähnten Note keine Schritte getan, da sie nicht über irgend eine Verletzung der Verträge in der Zwischenzeit gehört habe. Vorles fragt an, ob dem Premierminister bekannt sei, daß nach Artikel 1 der Pariser Deklaration von 1856 die privilegierte Kaperei abgeschafft sei und nach Artikel 2 die neutrale Flagge feindliche Waren, Kriegskonterbande aufgenommen, v. d. e. Mebner fragt, ob angeichts der jüngsten Vorgänge die Regierung die Erklärung abgeben werde, daß sie sich wieder das Recht nehme, Eigentum des Feindes unter neutraler Flagge wegzunehmen. Premierminister Balfour erwidert, er halte es zurzeit nicht für angebracht, über diese Fragen durch wechselseitige Fragen und Antworten zu diskutieren; auch könne er nicht in Aussicht stellen, daß die Regierung die jüngsten Ereignisse zum Gegenstand von Vorstellungen bei andern Mächten machen werde.

Während so die Engländer in immer größerer Empörung über das Vorgehen Rußlands geraten, kapern die russischen Piratenschiffe lustig weiter. Darüber liegen folgende Nachrichten vor: Der Dampfer „Formosa“ der Peninsular- und Oriental-Linie wurde von den Russen im Roten Meer aufgebracht und kam unter russischer Flagge und mit russischer Besatzung in Suez an. — Die Rederei des Dampfers „Calchas“ in Liverpool erhielt ein Telegramm aus Hongkong, wonach der Dampfer von der russischen Flotte beschlagnahmt sei. „Calchas“ war auf der Fahrt von Puget Sound, Nordamerika, nach Japan und Hongkong. — Das wird in England neues Del ins Feuer gießen. —

Letzte Nachrichten.

Sd. Shanghai, 27. Juli. Der russische Konsul bestätigte auf Anfrage des englischen Konsuls, daß der englische Dampfer „Hippin“ von einem russischen Torpedoboot in den Grund geholt worden ist, wo der Dampfer sich weigerte, zu stoppen. Die Besatzung wurde nach Port Arthur gebracht. —

Sd. Hongkong, 27. Juli. Das englische Panzerschiff „Oceana“ ist mit drei Torpedobooten nach Yokohama abgegangen, um die englischen Handelsschiffe zu schützen. —

Sd. Petersburg, 27. Juli. Unterzeichneten wird berichtet, daß bereits an alle Kommandanten russischer Kriegsschiffe, auch die des Wladiwostokgeschwaders, telegraphisch die strenge Weisung ergangen ist, die englische Flagge mit großem Respekt zu behandeln und Handelsschiffe nur zu beschlagnahmen, wenn sich zweifellos feststellen läßt, daß sie Kriegskonterbande an Bord führen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. Juli 1904.

Achtung Bau- und Möbelschler! Der Herr Tischlermeister Schottstedt, Große Münzstraße 2, auch **Bewalter des Arbeitsnachweises** der Tischlermeister Magdeburgs, gebietet zu denjenigen, welche die niedrigsten Löhne in Magdeburg zahlen. Auch kann sich der Herr nicht dazu verstehen, den üblichen 10 Pfennig-Ausschlag für Ueberstunden zu zahlen. Die Auszahlung des Lohnes läßt so viel zu wünschen übrig, daß jetzt endlich Halt gemacht werden muß. Aus allen diesen Gründen beschloß eine **Werksraterversammlung**, dem Herrn die üblichen Forderungen zu unterbreiten. Bis zur Erledigung dieser Angelegenheit wird vor Annahme von Arbeit bei Schottstedt gewarnt. Die Tischler werden ferner ersucht, den Arbeitsnachweis zu meiden! Auch wird vor Annahme von Arbeit in der Tischlerei von Rosche, Leipzigerstraße, gewarnt. — Die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes tagt Sonntag den 31. d. M., vormittags 11 Uhr, im „Luisenpark“. (Näheres Inserat Freitag-Nachmittag.) —

Die Differenzen bei Tischlermeister Vogeler, Elbstraße 2, sind beigelegt. 2 Pfennig Zulage pro Stunde und ein Mindestlohn von 28 Pfennig ist der Erfolg. Außerdem wird jetzt die 9/10 stündige Arbeitszeit innegehalten werden. Ausschlag wurde schon gezahlt. —

Achtung Formier! Sämtliche Metallformier der Firma G. Burgemeister & Wadon legten heute morgen die Arbeit nieder wegen **Malkrealung** zweier ihrer Kollegen. Einer derselben hatte von einem Arbeiter in hinterlistiger Weise eine Ohrfeige erhalten, und anstatt nun diesen zu entlassen, wurde der Geschlagene und mit ihm ein zweiter Formier, der in kräftigen Worten eine solche Handlung verurteilte, entlassen. Wir erwarten, daß kein Kollege dort Arbeit nimmt, ehe nicht die Firma dieses Unrecht eingesehen hat.

Schneider-Ortskrankenkasse. In der Ortskrankenkassenversammlung am Montag ging die Bitte der Arbeitgeber mit 105 Stimmen einstimmig glück durch; ebenso die der organisierten Arbeitnehmer mit 72 Stimmen. Gegenlisten waren nicht aufgestellt. —

Einigungsamt der Böttcher. Die Böttcherversammlung Magdeburg stimmte der Errichtung eines Einigungsamtes in Lohnstreitigkeiten zu. —

Gerichts-Beitrag.

Sandgericht Magdeburg (Verlen-Strasskammer).

Sitzung vom 27. Juli 1904.

Um eine Mark! Die schon öfter vorbestrafte beschuldigte Arbeiter Peter Peter, geb. Söhnemann, zu Remsdorf, geboren 1874, schwindelte im April d. J. dem Uhrmacher Gerstlich hier vor, sie sei beauftragt, einen bei ihm in Reparatur gegebenen goldenen Ring abzugeben, den Kontrollschloß habe sie berichtigt. Sie nahm den Ring in Empfang und besetzte ihn dann für 1 Mark. Ein Angeklagter wurde wegen Diebstahls betrugs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Das Schloß. Der vorbestrafte Paul Dallig zu Staßfurt, geboren 1890, flog Ende Mai und Anfang Juni d. J. zweimal durch ein offenes Fenster in die Wirtshaus des Landwirts Münd und nahm jedesmal 3 bis 5 Mark. Ein anderes Mal flog Dallig wieder ein, fand aber kein Geld vor. In zwei Fällen fand Otte Schulze, geboren 1890, Wache. Das Geld wurde gemeinshaftlich mit anderen Männern bernaht. Münd schätzte seinen Schaden auf 40 bis 50 Mark. Die Kammer verurteilte Dallig zu 3 Monaten, Schulze zu 1 Woche Gefängnis. —

Ein Sittlichkeitsverbrecher. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Schloffer und Fleischerhelfer Hermann Bernier zu Staßfurt, geboren 1846, wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen am 23. Mai d. J. gegen ein 13 Jahre altes Mädchen, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Militär-Justiz.

Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps. Verhandlungsleiter: Oberkriegsgerichtsrat Fischer; Vertreter der Anklage: Richtassessor Rabbes. Magdeburg, den 26. Juli 1904.

Begen Gehorsamsverweigerung und Verletzung eines Vorgesetzten war der Kanonier Gottfried Kasehorn in erster Instanz zu 22 Tagen strengem Arrest verurteilt worden. ... Der Richter des Oberkriegsgerichts lautet heute auf 2 Monate 1 Woche Gefängnis! Damit ist die Berufung des Angeklagten verworfen.

Letzte Nachrichten.

London, 27. Juli. Gestern mittag sind im Spenskrager See bei Oliva drei Personen beim Baden ertrunken. ... Ob. Mex. 27. Juli. Aus Eifersucht hat der Italiener Gelsina seine Geliebte, die Ehefrau Gemig, beim Zugemüder Tod erschossen. ... Ob. New-York, 27. Juli. Die Entlassung des Inspektors Sundberg, dem Inspektion des verunglückten Dampfers „General Slocum“ oblag, befruchtet hier allgemein.

Ob. Straßburg, 27. Juli. Die japanische sozialdemokratische Partei hat für den internationalen Sozialkongress in Amsterdam einen Antrag zu einer Resolution gestellt, die zu Schritten zur Beendigung des russisch-japanischen Krieges auffordert. ...

Briefkasten.

Altenplathow. Die Wirkungen der einmal ausgesprochenen Kündigung bleiben bestehen, auch wenn das gekündigte Darlehen nicht zurückgezahlt wird. ... Anonymus. Die „Nebenbestimmung“ der Notizen im „Berl. Tagbl.“ mit denen des Magdeburger „General-Anz.“ ist etwas unbilliges, deshalb zur Erörterung nicht geeignet.

Halberstadt. Sozialdemokrat. Wahlverein.
Donnerstag den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr in Volkmanus Lokal, Vulkanstraße
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht von der 4. Generalversammlung.
2. Bericht von der Partei-Konferenz.
3. Beschlüsse.
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es notwendig, daß unsere Mitglieder zahlreich erscheinen.
Achtung!
Gr.-Ottersleben und Benneckenbeck.
Sonntag den 31. Juli und Montag den 1. August
Freie Turnerschaft Benneckenbeck
im Lokale des Herrn Schulze zu Benneckenbeck
ihre
22. Stiftungsfest.
Sonntag den 31. Juli. Morgens 6 Uhr: Freikonzert; nachmittags: Konzert und Schautänze; abends: Ball.
Montag den 1. August. Nachmittags 3 Uhr: Konzert und Kinderbeschäftigungen; abends von 7 1/2 Uhr ab: Ball; um 9 1/2 Uhr: Ausführung eines Marsch- und Langreigens, ausgeführt von 48 Personen; um 10 1/2 Uhr: Meisterwerte der Plastik in Marmorgruppen.
Bei günstigem Wetter im Garten.
Ergebenst lade ich 216 **Der Vorstand.**

Die zu erwartende Debatte über die
Mai-Feier
dürfte viele Parteigenossen veranlassen, sich über die Entstehung dieses Beschlusses auf dem Internationalen Kongress von 1889 zu orientieren. Wir haben einen Teil der noch vorhandenen Auflage vom
Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris 1889
erworben und empfehlen, solange der Vorrat reicht, dieses wichtige Protokoll (134 Seiten stark) zu dem billigen Preis von 10 Pfennig pro Exemplar.
Buchhandlung Volksstimme
Jakobstrasse 49

Was muss man von der Geographie wissen?
Allgemeinverständlich dargestellt von Dr. Julius Reiner.
Preis 1.50 Mk.
Buchhandlung Volksstimme.
Saub. Schlafstellen verb. Koffenfrei nachgewiesen im „Wohnungs-Nachweis“, Johannisstraße 6.
Viktorla-Theater.
Donnerstag den 28. Juli.
Der Biberpelz.
Freitag den 29. Juli.
Das Lumpengesindel.
Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
Montag abend 6 1/2 Uhr starb unser Mitglied, der Monteur
Theod. Kaufmann
45 Jahre alt, am Hirschschlag. Die Kollegen werden ihn in gutem Andenken behalten.
10 Die Verwaltung.

Karl Lohmann
Kolonialwaren, Drogen
Wilhelmstadt, S.
Jeden Sonnabend: **frische wurst.**

Todes-Anzeige.
Am Montag verstarb am Hirschschlag mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schlosser
Theodor Kaufmann
im 45. Lebensjahre.
Dies zeigen an mit der Bitte um stilles Beileid
Die trauernden Hinterbliebenen.
Minna Kaufmann nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 1/2 Uhr vom alten Sudenburger Friedhof aus statt.

Arbeitersekretariate und Arbeiterversicherung in Deutschland
von August Müller (Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“).
Preis Mk. 3.00.
Dieses ausgezeichnete Buch empfehlen wir namentlich allen führenden Genossen in der Arbeiterbewegung, den Arbeitersekretären, sowie den Leitern der Vereinsbibliotheken zur Anschaffung.
Bestellungen nimmt die
Buchhandlung Volksstimme, Jakobstrasse 49
entgegen.

Liederbuch für Arbeiter-Radfahrer-Vereine
Herausgegeben vom Verlag des „Arbeiter-Radfahrer“, Karl Berg in Halberstadt.
Preis 20 Pfg. für jeden Radfahrer unentbehrlich!
Buchhandlung Volksstimme

Standesamt.
Magdeburg, 26. Juli.
Aufgebote: Handlungsgehilfe Bruno Wolff mit Margarete Feldt, Hülfer mit Ida ...
Geburten: Charlotte, E. des Arbeiters Karl Thuerman; Hans, S. des Arbeiters Martin Molbenhauer.
Todesfälle: Robert, S. des Arbeiters Ernst Kitzel, 5 M. 23 T.
Neustadt, 26. Juli.
Aufgebote: Arbeiter Hugo Bauer mit Witwe Gräthe, Berta geb. Koch.
Geburten: Ernst, S. des Lademeisters Albert Klingner; Elisabeth, E. des Straßenbahnkassiers Hermann Reinecke; Gustaf, S. unehelich; Hedwig, E. des Schuhmachers Albert Hartung; Kurt, S. des Schlossers Ernst T. des Konditors Eugen Scherf; Hermann, S. des Kutsehers Paul Schaar; Walter, S. des Braumstr. Georg Ehlisch; Erna u. Margarete, Zwillingst. des Mont. Herrn Wolf; Margarete, E. des Straßenbahnkassiers Friedrich Max; Helene, E. des Arb. Gust. Schweizer; Elvira, E. des Barbierherrs Aug. Biegler; Heinz, S. des Hausb. Otto Gaetz; Ernst, S. des Barbierherrs Ernst Brode; Erwin, S. des Drehers Willi Lange; Willi, S. des Schuhproduktens. Rob. Pfeiffer; Gerda, E. des Regier.-Ass. Albert Kuge; Maria, E. des Stadtkassens Mag. Hans; Hans, S. des Kaufm. Paul Wähling.
Todesfälle: Joseph Coris, Arbeiter, 43 J. 4 M. 6 T. Alfred, S. des Herrenkleidermachers Wilhelm Brandt, 5 M. 29 T. August, S. des Schneidermeisters Wfr. Janfing, 1/2 St. Magdalene geb. Degenhardt, Wwe. des Handelsm. Ant. Kullmann, 77 J. 6 M. 13 T. Margarete, unehelich, 1 J. 5 M. 6 T. Andreas Mita, Arbeiter aus Obenstedt, 21 J. 6 M. 13 T. Wilhelmine geb. Braune, Ehefrau des Bäckermeisters Ferd. Kohlmeier in Seehausen i. V., 45 J. 7 M. 15 T. Walter Schreihage, Kaufm., 30 J. 5 M. 10 T. Erich, S. des Postkassiers Wlth. Uchtenhagen, 10 M. 25 T. Anna geb. Wählmann, Ehefr. des Papiermaschinenführers Friedrich Wehling in Calbe a. S., 35 J. 1 M. 5 T. Werner, S. des Ingenieurs Otto Sellack, 3 M. 6 T.
Totgeburt: S. unehelich.
Sudenburg, 26. Juli.
Aufgebote: Techniker Albert Wilhelm Gustav Krüger in Hagenitz mit Minna Elisabeth Gregor hier.
Eheschließung: Fabrikarbeiter Otto Bauer mit Ida Dehtiger.
Geburten: Luise Charlotte, E. des Malers Friedrich Peters; Wilhelm, S. des Schlossers Reinhold Weber.
Todesfälle: Frida, E. des Arbeiters Albert Riechmann, 9 M. 12 T. Friedrich Heinrich, Fabrikbinder, 20 J. 1 M. 12 T.
Wackau, 26. Juli.
Geburten: Charlotte, E. des Arbeiters Karl Thuerman; Hans, S. des Arbeiters Martin Molbenhauer.
Todesfälle: Robert, S. des Arbeiters Ernst Kitzel, 5 M. 23 T.
Neustadt, 26. Juli.
Aufgebote: Arbeiter Hugo Bauer mit Witwe Gräthe, Berta geb. Koch.
Geburten: Ernst, S. des Lademeisters Albert Klingner; Elisabeth, E. des Straßenbahnkassiers Hermann Reinecke; Gustaf, S. unehelich; Hedwig, E. des Schuhmachers Albert Hartung; Kurt, S. des Schlossers Ernst T. des Konditors Eugen Scherf; Hermann, S. des Kutsehers Paul Schaar; Walter, S. des Braumstr. Georg Ehlisch; Erna u. Margarete, Zwillingst. des Mont. Herrn Wolf; Margarete, E. des Straßenbahnkassiers Friedrich Max; Helene, E. des Arb. Gust. Schweizer; Elvira, E. des Barbierherrs Aug. Biegler; Heinz, S. des Hausb. Otto Gaetz; Ernst, S. des Barbierherrs Ernst Brode; Erwin, S. des Drehers Willi Lange; Willi, S. des Schuhproduktens. Rob. Pfeiffer; Gerda, E. des Regier.-Ass. Albert Kuge; Maria, E. des Stadtkassens Mag. Hans; Hans, S. des Kaufm. Paul Wähling.
Todesfälle: Gustaf, S. unehelich; August, 8 St. 5 M. 26 T. Emma, E. des Fischers Paul Peters, 1 J. 9 M. 26 T. Wilhelmine, S. der Waisen, 23 J. 9 M. 16 T. Charlotte, E. des Böttchers Gustav Brennecke, 7 M. 10 T.
Wittenberge.
Aufgebote: Barbier Robert Greiner hier mit Emma Wegener in Staßfurt.
Geburten: S. des Bierfahrers Gustav Degener; E. des Dachb. Wilhelm Gieseemann; E. des Schuhmachers Hermann Steger; E. des Schlossers Heinrich Steger.
Todesfälle: Kurt, S. des Arb. Richard Koppe, 2 M. 1 T. Ehefrau Franziska Riebling geb. Bergner, 53 J. 2 M. 21 T. Ww. Luise Kollmann geb. Schröder, 69 J. 3 M. 1 T. Subalide Jul. Ruff, 68 J. 8 M. 7 T. Ehefrau Martha Fischer geb. Schreiber, 25 J. 7 M. 23 T. Ehefrau Dorothäe Trümpler geb. Meher, 45 J. M. 29 T. Richard, S. des Mal. Friedrich Eise, 3 M. 2 T. Lina, E. des Schlossers Hugo Meyer, 6 M. Martha, E. des Drehers Hermann Richter, 2 M. 10 T. Ehefrau Martha Berger geb. Wiedemann, 32 J. 1 M. 25 T. Hedwig, E. des Schmieds Karl Ralfstein, 4 M. 18 T.
Schönebeck.
Eheschließung: Handelsm. Ferdinand Haage in Plöbch mit Emma Wiese hier.
Geburten: Gertrud, E. des Bäckermeisters Ernst Hildebrandt; Elisabeth, E. des Fabrikarb. Reinhold Stadmann; Waldemar, S. des Eisenbahnarbeiters Otto Helge.
Staßfurt.
Geburten: E. des Arbeiters Friedrich Weber; S. des Architekt Ernst Bamberg; S. des Bureauheften Eduard Fischer; S. des Arb. Karl Heinemann; S. des Arb. Johann Schlemitz.
Todesfälle: Anna Ida Faber, 1 Woche.

W. Coors Schuhwarenlager
Halberstädterstr. 116 Sudenburg Halberstädterstr. 116
empfehlen der vorgerückten Saison wegen
sämtliche Sommer-Schuhwaren zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Macco-Hemden Macco-Jacken
in allen Preislagen
Bazar Magdeburg
Jakobs- u. Peterstraße-Ede. Filialen: Wackau, Thiemstr. 1; Sudenburg, Halberstädterstr.; Wilhelmstadt, Annastraße 2; Neue Neustadt, (S. Brillen) Überderstraße 47
Burg, Oberstr. 86
Lager fertiger Särgo in jeder Ausführung
Möbel in allen Holzarten empfiehlt 2910
G. Stollberg
Burg, Oberstraße 86.
Bestellungen und Zahlungen für mich werden im Möbelgeschäft Perlestr. Nr. 9, neben dem Konsum-Vereinslager, entgegengenommen.

Die Opfer der Kaserne
Eine Anklageschrift
nebst einer Sammlung militärgerichtlicher Urteile von Rudolf Krufft, bayr. Premierleutnant a. D.
Preis 50 Pfg.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme.

Delikate neue saure Gurken
Butterhandlung „Edelweiss“
40 Halberstädterstr. 40.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.
Große Männsstraße 1a.
Kostenlos erstattet sind an Wochentagen mittags von 12–1, abends von 5–7 Uhr
an organisirte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-Versicherung, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerbesteuer, Vereins- und Beschäftigungsrecht sowie Arbeiterprüfung. Vermittlung von Beschwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Verhandlungsprotokolle legitimiert.
Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg
Kostenlos Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitnehmern, sowie feinerem Personal nach hier und anderswärts.
Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8–12 Uhr vorm. und 3–6 Uhr nachm.
Weibliche 10–12 1–4
Männliche Abteilung: Sackloßberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Leihhaus
von 121
Carl Haacke
Sudenburg
beliebt alle
Wertgegenstände.
Grünwaren-Geschäft
mit großer Kellereinrichtung, passend für Großhändler, sofort abzugeben. Zu erfragen in der Expedition der „Volksstimme“, Jakobstr. 49. 67
Rüchgenzettel
der Magdeburger Volksstimme
Gr. Marktstr. 21.
Donnerstag: Erbsen mit Rippenspeck.
Freitag: Kohlräben mit Schweinefleisch.
Sonabend: Reisuppe mit Rindfleisch.